Parteitag 1976

Autor(en): **Waldner, Liliane**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Liliane Waldner

Parteitag 1976

Im Brennpunkt des Parteikongresses vom 30./31. Oktober in Montreux standen zunächst einmal das «Recht auf Bildung» und das «Recht auf Arbeit». Dabei wurden die Thesen zu einer sozialdemokratischen Bildungspolitik (Referentin: Elisabeth *Michel-Alder*) und die Entschliessung zur Wirtschaftspolitik (Referentin: Dr. Lilian Uchtenhagen) verabschiedet. Der Weg bis zur Gutheissung dieser Anträge war reich an Hürden. Die Referate waren das Ergebnis einer intensiven Vorarbeit.

In der Folge soll versucht werden, in Kürze zusammenzufassen, worum es bei den beiden genannten Traktanden ging.

«Die Schule der Nation ist die Schule» (Willy Brandt)

Die Thesen zur sozialdemokratischen Bildungspolitik sind nach wir vor aktuell. Es geht heute – in der Zeit der Rezession – darum zu demonstrieren, dass Forderungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen in die Wirklichkeit umzusetzen sind.

Natürlich ist es unmöglich, im Rahmen einer kurzgefassten Berichterstattung im einzelnen auf diese Thesen einzutreten, geschweige denn auf die 50 Anträge, die aus den Parteisektionen zur Bildungspolitik eingereicht wurden. (Der Parteitag befasste sich denn auch den ganzen Samstagnachmittag mit der Bildungspolitik.) Es bleibt mir somit, wenigstens auf einige Schwerpunkte dieser Thesen hinzuweisen.

Im wesentlichen geht es bei den betreffenden bildungspolitischen Thesen um eine Neuorientierung und Demokratisierung des Bildungswesens. An die Stelle hierarchischer Ordnung soll demokratische Ausrichtung treten. Im weitern wird die alte Forderung nach Chancengleichheit konkretisiert: So wären zum Beispiel akademische und handwerkliche Berufstätigkeit als gleichwertig zu betrachten. Mädchen und Knaben soll der gleiche Unterrichtsstoff vermittelt werden usw. Einen weitern gewichtigen Schwerpunkt bildet schliesslich die Forderung, es seien die traditionellen Schulformen in einem – sich von unten nach oben vollziehenden – Reformprozess in einheitlich organisierte Gesamtschulen überzuführen:

> «In der Gesamtschule sind alle Schüler eines bestimmten Einzugsgebietes unabhängig von sozialer Herkunft und ‚Leistungsfähigkeit' in heterogenen Klassenverbänden Gleichaltriger zusammengefasst. In den ersten Schuljahren ist der Gemeinschaftsunterricht in konstanten Schülergruppen die Regel. Differenzierungen sind allenfalls im Lerntempo vorzusehen.
>
> Vom 7. Schuljahr an kann allmählich eine interne Differenzierung nach Lernbereichen (Schwerpunktfächerwahl) und Lerntempo einsetzen.
>
> Nach dem 10. Schuljahr entwickelt sich eine grobe Gruppierung der

Schüler nach solchen, die rasch eine praktische Berufsbefähigung anstreben und solchen, die sich in der Hochschule weiterqualifizieren wollen.»

Was die ausführliche Diskussion zum Bildungskonzept betrifft, so verdient die Auffassung von Vertretern einiger Basler Sektionen besonders erwähnt zu werden: Sie wiesen darauf hin, dass das Problem Bildung nicht isoliert von der Arbeitswelt betrachtet werden dürfe. Sie plädierten deshalb für eine Präambel, die eine Brücke zur Mitbestimmung und Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen schlagen werde. Der entsprechende Antrag fand denn auch die Zustimmung der Versammlung.

Da im Verlaufe der Debatte mehrere Änderungsvorschläge angenommen wurden, bat ich die Kommissionspräsidentin um einen Kommentar. Ihre Stellungnahme lautet etwa wie folgt Die Thesen wurden durch den Parteitag inhaltlich bestätigt. Dies ist für mich sehr positiv. Vorschläge, welche die Substanz beeinträchtigt hätten, wurden nicht angenommen. Gewisse Unebenheiten zwischen Theorie und Praxis wurden ausgebügelt. Leider ging durch die angenommenen Anträge die Geschlossenheit der Thesen verloren. Ich bin jedoch froh, dass die erwartete Kontroverse um die Vorschule und die Gesamtschule ausblieb. Mögen die Delegierten dazu beitragen, dass das Bildungskonzept die nötige Verbreitung findet.

«Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft»

Eines der wichtigsten Geschäfte des Parteitages war die Entschliessung zur Wirtschaftspolitik. Diese Entschliessung ist die Weiterentwicklung des im Frühjahr 1975 von der SPS mit dem Gewerkschaftsbund erarbeiteten Krisenprogrammes, des Wahlmanifestes der SPS und des Arbeitspapiers, das als Grundlage für die Legislaturziel-Gespräche der SPS diente.

Die Entschliessung umfasst 10 wesentliche Bereiche wirtschafts- und sozialpolitischer Natur: Arbeitsplatzsicherung, Ausländerpolitik, Arbeitszeit, Strukturpolitik, Mitbestimmung, Konsumentenpolitik, Informationspflichten der Wirtschaft, Wettbewerbspolitik, Bankenpolitik und Vermögenspolitik.

Vorgetragen wurde die Entschliessung von Nationlrätin Lilian *Uchtenhagen*. In ihrem ausführlichen Referat zeigte sie auf, in welcher Richtung die Lösung der dringendsten Wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme unseres Landes zu suchen sind. Ein Antrag auf Rückweisung der Entschliessung wurde auf Grund eines überzeugenden und temperamentvollen Votums der Referentin mit grossem Mehr abgelehnt. Erwärmen konnte man sich für den Rückweisungsantrag auch deshalb nicht, weil er keinerlei Alternative enthielt.

SP — deine Schriftsteller und Redaktoren

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit musste die Behandlung verschiedener Sektionsanträge auf den nächsten Parteitag verschoben werden.

Darunter befindet sich auch ein aus Niederhasli stammender Antrag, der gegen die Redaktion unserer Zeitschrift «Profil» zielt. Dass der Redaktor unseres Blattes eher zum gemässigten Flügel unserer Partei zählt, dies passt offenbar gewissen Vertretern eines progressivern Kurses nicht in ihr Konzept. Es ist eigentlich schade, dass dieser repressive Antrag nicht behandelt wurde; denn Richard Lienhard hätte bei seiner Verteidigung sicherlich einen leichten Stand gehabt. Der Parteitag stand ja ganz unter dem Eindruck der imposanten Rede von Max Frisch, mit welcher der Kampf gegen die Bedrohung der Meinungsfreiheit gefordert wurde. In der Resolution doppelte denn auch der Kongress nach und forderte mehr Meinungsfreiheit nicht nur für Schriftstller, sondern auch für Redaktoren . . .

Es lebe die Meinungsfreiheit auch für *sozialdemokratische* Schriftsteller und Redaktoren!

Resolution «Meinungsfreiheit»
Parteitag 1976 in Montreux

Der Parteitag der SPS in Montreux hat Kenntnis genommen von der Diffamierungskampagne, die in einem Teil der Schweizer Presse gegen SP-Nationalrat Jean Ziegler im Gange ist. Diese Kampagne, die auch von einem Teil der Grossfinanz unterstützt wird, ist ein weiterer Schritt zur Diffamierung und Verunglimpfung freier Meinungsäusserung und freier Kritik in unserem Lande.

An Schulen, Universitäten und in Zeitungsredaktionen sind kritische Köpfe unseres Landes einem immer stärkeren Druck ausgesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz betrachtet diese Entwicklung verhängnisvoll für unser Land. Insbesondere betrachtet sie alle Versuche, das kritische Wort zu unterbinden, als Angriff auf unsere demokratischen und freiheitlichen Traditionen, die einen Gottfried Keller und einen Heinrich Pestalozzi hervorgebracht haben.

Die SPS ist der Meinung, dass es heute dringender denn je darum geht, den Freiheitsraum für kritisch denkende, sprechende und schreibende Bürger auszubauen und zu erhalten. Der SPS-Kongress in Montreux fordert die Öffentlichkeit auf, überall, wo Meinungen unterdrückt werden sollen, für die freie Meinungsäusserung einzustehen. Es ist wichtig, dass alle Organisationen der Arbeitnehmerschaft, der Kultur und der Erziehung sich für eine konsequente Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft einsetzen. Die Sozialdemokraten hoffen dabei auch auf die Unterstützung durch Persönlichkeiten, die sich in anderen Parteien freiheitlichem Denken verpflichtet fühlen.